

Razzien gegen Gottesdienste

Russen unterdrücken Christen in besetzten Gebieten



Polizei befragt Mitglieder der Baptistenkirche in Krasnodon

Quelle: © Baptist Council of Churches

Russische Behörden haben ihre Razzien gegen Gottesdienste in Teilen der Ostukraine fortgesetzt und Gemeinden davor gewarnt, dass nicht registrierte Kirchen mit wiederholten Störungen rechnen müssen, sofern sie sich nicht an russisches Recht halten.

Am 25. Januar führten russische Polizei- und Militärbehörden koordinierte Razzien während der Sonntagsgottesdienste zweier baptistischer Gemeinden in der Stadt Krasnodon (in der Ukraine Sorokyne genannt) sowie im nahegelegenen Dorf Teple in der besetzten Region Luhansk in der Ukraine durch.

Pastor Wladimir Rytikow erklärte, dass Beamte während des Gottesdienstes den Gebetsraum betraten, die anwesenden Männer aufforderten aufzustehen und die Identitäten mehrerer Teilnehmer aufzeichneten, [wie «Forum 18» berichtet](#).

Er selbst wurde später auf eine Polizeiwache gebracht und zu der Weigerung der Kirche befragt, sich nach russischem Recht registrieren zu lassen. «Sie sagten, dass wenn wir uns nicht registrieren, sie zu jedem Gottesdienst kommen und ihn verhindern würden», so Pastor Rytikow. Gleichzeitig wurde im nahegelegenen Dorf Teple eine Baptistengemeinde von Polizisten durchsucht.

Nicht die ersten Razzien

Diese Razzien im Januar sind Teil eines umfassenderen Musters von Massnahmen gegen religiöse Gemeinschaften in russisch besetzten Gebieten der Ukraine. Zwischen Juli und Dezember 2025 kam es in den russisch besetzten Teilen der Regionen Donezk und Luhansk zu mindestens sieben Razzien gegen Gottesdienste. Die meisten betrafen baptistische Gemeinden, die aus prinzipiellen Gründen ohne staatliche Registrierung arbeiten.

Fünf religiöse Leiter wurden infolge dieser Razzien nach Russlands sogenannter «Anti-Missions»-Gesetzgebung mit Geldstrafen belegt, die religiöse Aktivitäten ohne offizielle Genehmigung unter Strafe stellt.

Leiter müssen russische Staatsbürgerschaft besitzen

Die russischen Besatzungsbehörden bestehen darauf, dass alle religiösen Gemeinschaften sich nach russischem Recht registrieren oder ihre Existenz formell anzeigen müssen. Von Leitern wird zudem verlangt, die russische Staatsbürgerschaft zu besitzen. Gemeinschaften, die dies ablehnen oder Verbindungen zu ukrainischen religiösen Strukturen aufrechterhalten, gelten als illegal tätig.

Die Baptisten lehnen seit Langem eine Registrierung in jedem Land ab, in dem sie tätig sind. Russische Beamte behaupten jedoch, dass nicht registrierte Versammlungen eine unzulässige missionarische Tätigkeit darstellten.

Russische Gerichte haben auf dieser Grundlage wiederholt Geldstrafen gegen Pastoren im besetzten Teil der Ukraine bestätigt, selbst wenn die Gottesdienste in Privathäusern oder seit Langem bestehenden Gebetshäusern stattfanden.

Kritik von Vereinten Nationen



Die Skyline der Stadt Krasnodon

Quelle: Wikipedia / Ladypank / CC BY-SA 3.0 /

<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=29654750>

Die Vereinten Nationen haben wiederholt die Einschränkungen der Religionsfreiheit in russisch besetzten ukrainischen Gebieten kritisiert und die russischen Behörden aufgefordert, religiösen Gemeinschaften die freie Ausübung ihres Glaubens zu ermöglichen.

In einem Bericht an den UN-Menschenrechtsrat erklärte Generalsekretär António Guterres: «Niemand sollte strafrechtlich verfolgt oder inhaftiert werden, nur weil er seine Religion ausübt, einschliesslich gemeinschaftlicher Gottesdienste und missionarischer Tätigkeit, im Einklang mit dem internationalen Menschenrechtsrecht. Religiöse Gruppen in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine sollten Zugang zu ihren Gebetsstätten haben und sich frei zu Gebet und anderen religiösen Praktiken versammeln können.»

Nur noch wenige unabhängige, moralische Autoritäten

Ehemalige Inhaftierte und Menschenrechtsermittler berichten, dass einige religiöse Leiter während der Haft schwer misshandelt wurden, darunter durch Schläge, lang andauernde Isolation sowie andere Formen physischer und psychischer Misshandlung.

Das [«Center for European Policy Analysis» \(CEPA\)](#) berichtet, dass in mehreren Fällen Priester und Pastoren nach ihrer Vorführung zu Verhören für Wochen oder Monate verschwunden seien, während andere zur Flucht gezwungen wurden oder ihre Ämter aufgeben mussten.

Beobachter sagen, dass religiöse Leiter häufig nicht wegen konkreter Straftaten ins Visier geraten, sondern wegen dessen, wofür sie stehen. «In den besetzten Gebieten gehören Kirchen zu den wenigen verbliebenen Institutionen, die über eine vom Staat unabhängige moralische Autorität verfügen», erklärten Mitzi Perdue und Nicole Monette von CEPA.

Durchsetzung durch Terror

Perdue und Monette weiter: «Was dem Klerus in der besetzten Ukraine widerfährt, ist mehr als ein weiteres tragisches Nebenprodukt des Krieges. Es ist eine gezielte Strategie der Machtausübung, bei der unabhängige moralische Autorität beseitigt und durch moskautreue Figuren ersetzt wird. Die Durchsetzung von Anpassung erfolgt durch Terror.»

Lokale Gläubige berichten, dass das Ergebnis ein Klima der Unsicherheit sei, in dem Gottesdienste unter der ständigen Bedrohung von Kontrollen, Geldstrafen oder Schliessungen stattfinden.

Zum Thema:

[Schikane in Luhansk und Donezk: Busse für «illegale missionarische Aktivität»](#)
[Polarisation in Minnesota: Gottesdienst-Störung – oder prophetischer Akt?](#)
[«Falsche Informationen verbreitet»: Russisch-Ukraine: Wenn Gebetstreffen gefährlich werden](#)

Datum: 10.02.2026

Autor: Obianuju Mbah / Daniel Gerber

Quelle: Christian Today / gekürzte Übersetzung: Livenet

Tags

[Menschenrechte](#)

[Christen in der Gesellschaft](#)

[Verfolgung](#)

Europa